



## Auszug aus dem substanziellen Protokoll 35. Ratssitzung vom 18. Januar 2023

### 1266. 2022/444

**Postulat von Dominik Waser (Grüne), Jehuda Spielman (FDP) und 8 Mitunterzeichnenden vom 14.09.2022:**

**Weiterentwicklung des Photovoltaik-Contracting-Angebots im Bereich Agro-Photovoltaik hinsichtlich von All-in-One-Lösungen in der Landwirtschaft**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

*Dominik Waser (Grüne) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 626/2022): Wir wollen dafür sorgen, dass nicht nur wir von der Photovoltaik (PV) träumen. Es geht um Solarstrom auf landwirtschaftlichen Flächen. Wir konnten in der Herbstsession beobachten, wie der National- und Ständerat der Solar-Offensive den Weg geebnet haben. Dabei geht es mehrheitlich um alpine und sehr grosse Anlagen, sowie dank der Grünen auch um einen kleinen Teil auf bestehenden Gebäuden, die grösser als 300 Quadratmeter sind. Ausserdem wurde im Sommer die Raumplanungsverordnung revidiert. Eine erste Neuerung war, dass auf alpinen Stauseen schwimmende Solarpanels installiert werden können und die zweite Neuerung erlaubt das, was wir im Postulat fordern. Diese Anlagen sollen nicht mit dem Umweltschutz in Konkurrenz stehen. Das ist möglich. Es geht um landwirtschaftliche Flächen, wovon viele nicht ökologisch wertvoll sind. Es geht um die Produktion von Lebensmitteln. Der Bund verabschiedete viele, relativ strenge Regeln, unter welchen Bedingungen Agro-Photovoltaik (Agro-PV) möglich ist. Es geht unter anderem darum, dass ein klarer, nachweisbarer Nutzen für die Landwirtschaft und die landwirtschaftliche Produktion bestehen muss. Gleichzeitig muss sich die Anlage optisch in die bestehende Infrastruktur einfügen. Da Leitungen notwendig sind, kann davon ausgegangen werden, dass eine Umsetzung nur in siedlungsnahen Gebieten erfolgen wird. Das Potenzial solcher Anlagen ist gross. Studien zeigen, dass die Agro-Photovoltaik einen Mehrfachnutzen generieren kann, weil es möglich ist, Gemüse oder Obst zu produzieren und gleichzeitig Solarpanels darüber zu installieren. Das macht nicht bei allen Kulturen Sinn. Aber bei gewissen Kulturen, die auf Beschattung angewiesen sind oder die mit den steigenden Temperaturen Schwierigkeiten haben, macht das sehr viel Sinn. Laut der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW) können auf einem Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche der Schweiz bis zu zehn Prozent des Strombedarfs gedeckt werden. Wir wissen noch nicht, wie viel bewilligungsfähig ist. Dazu laufen aktuell Studien. Unsere Idee ist, dass das Elektrizitätswerk (ewz) All-in-One-Lösungen für Landwirtinnen entwickelt. Das würde ein weiteres Geschäftsfeld für das ewz eröffnen und gleichzeitig können wir den ländlichen Regionen einen Dienst erweisen. Wir sind auf die ländlichen Regionen angewiesen, unsere Lebensmittel kommen von dort und somit können wir eine gute Unterstützung leisten.*



**Walter Anken (SVP)** begründet den von Roger Bartholdi (SVP) namens der SVP-Fraktion am 28. September 2022 gestellten Ablehnungsantrag: Es handelt sich um ein sehr theoretisches Postulat. Es geht um Contracting-Angebote im Bereich Agro-PV. Das hat ein gewisses Potenzial, das Gebiet wurde jedoch noch zu wenig erforscht, was man bei den Forschungsanstalten nachlesen kann. Bei Rebkulturen kann es sein, dass man darüber Solarpanels installieren kann. Wie sieht es aber bei einem Mais-, Getreide- oder Zuckerrübenfeld aus? Ich erinnere Dominik Waser (Grüne) daran, dass Mährescher, Maishäcksler und Rübenroder zwischen sechs und zehn Meter gross sind. Damit kann man nicht unter den Solarpanels hindurchfahren. Dazu kommt, dass regnerische Sommer immer wieder vorkommen. Dann sind die Reben um jeden Sonnenstrahl froh. Wir leben in einem Breitengrad mit relativ kurzen Vegetationszeiten. Die Pflanzen brauchen so viel Sonne wie möglich. Eine Beschattung im Frühling, Frühsommer und Spätsommer wird sich extrem negativ auf den Ertrag von gewissen Kulturen auswirken. Eine Zuckerrübe wird beispielsweise im Frühling gesät und kann erst im Oktober geerntet werden. Mit PV-Anlagen über den Zuckerrüben wird ihr Zuckergehalt niemals das erforderliche Niveau für die Ernte erreichen. Grosse Rebkulturen halten sich in städtischen Regionen in Grenzen. Es ist eine Illusion, wenn man glaubt, dass eine Ackerfläche genutzt und gleichzeitig Strom produziert werden kann. Wenn man mit dem Zug von Zürich in Richtung Olten fährt, sieht man vor Olten eine Brücke, die etwa 15 Meter hoch ist. Darunter hat ein Bauer ein Feld. Beobachtet man das im Sommer, dann sieht man, dass unter der Brücke nichts wächst. Es ist eine Illusion, wenn man glaubt, dass unter Solarpanels beispielsweise Getreide gedeihen wird. Wir sollten dafür sorgen, dass die grossflächigen Bürokomplexe, Schulen und Gebäude mit PV-Anlagen ausgerüstet werden. Dort ist das sinnvoll, im Gegensatz zur Verunstaltung von Wiesen. Es ist nicht an der Stadt, umliegenden Gemeinden vorzuschreiben, wie sie ihre Energiewende erreichen.

Weitere Wortmeldungen:

**Beat Oberholzer (GLP):** Zur Vorbereitung las ich alles zur Agro-PV auf Google. Es ist ein spannendes Gebiet und ich habe das Gefühl, dass es gut erforscht wurde. Früher dachte man, dass man sich zwischen PV-Anlagen und der Landwirtschaft entscheiden muss. Es gibt Kulturen, bei denen es tatsächlich nicht möglich ist. Bei den Anlagen, die bereits in Betrieb sind, liegt der Landwirtschafts- und Energieertrag zwar nicht bei 100 Prozent, aber bei jeweils 80 Prozent. Unter gewissen Umständen lohnen sich solche Anlagen also. Die bestehenden Anlagen entstanden vor allem im Ausland, nun sollen sie vermehrt in der Schweiz ermöglicht werden. Ich gehe von einer steigenden Nachfrage aus. Vielleicht sind solche Dienstleistungen beim ewz bereits in Vorbereitung und sonst gaben die Postulanten einen wichtigen Hinweis, die Fühler auszustrecken.

**Benedikt Gerth (Die Mitte):** Auch wenn es in Affoltern im Kreis 11 einige Bauernhöfe gibt, sind es auf dem gesamten Stadtgebiet relativ wenige Betriebe. Daher ist es sinnvoll, wenn das ewz im gesamten Kanton tätig wird. Man kann darüber diskutieren, ob es sinnvoll ist, wenn ein staatlicher Betrieb gewisse Technologien anbietet, die von Privaten ebenso angeboten werden können. Es ist eine erprobte Technologie, die nicht erst seit gestern eingesetzt wird und eine klassische Win-win-Situation erzeugt. Man kann sinnvoll nachhaltige Energie und gleichzeitig Lebensmittel produzieren.



**Johann Widmer (SVP):** Die Grünen versuchen jede Idee umzusetzen, weil sie mittlerweile realisiert haben, dass es riesige Flächen braucht, um mit PV genügend Strom in der Schweiz zu erzeugen. Darum gibt es solche Schnapsideen wie Solarpanels im Weltall und in der Sahara. Sinnvoller sind Dächer, Autobahnleitplanken und Staumauern. Nur gibt es keine Ideen dafür, wie der Strom geglättet und zwischengespeichert werden kann. Dieser Hyperaktivismus entbehrt jeder technischen und ökologischen Grundlage. Glaubt mir: Landwirte machen in der Schweiz bereits sehr viel auf ihren grossen Scheunendächern und anderen Flächen, die für die Solarenergieproduktion geeignet sind. Die Städter müssen sich nicht einmischen und ihnen etwas vorschreiben. Nicht jeder Standort ist für eine Solaranlage geeignet. Ich habe eine sehr schlaue Idee: Ich schlage vor, dass alle, die grün sind, ab sofort einen Hut mit 30 Zentimeter Durchmesser tragen, worauf Solarzellen installiert werden. Pro Hut ist das eine Fläche von 0,07 Quadratmetern, bei 1,8 Millionen Grünen in der Schweiz sind das 126 000 Quadratmeter Solarzellen. Pro Jahr kann man pro Quadratmeter zirka 200 Kilowattstunden produzieren. Das ergibt etwa 25,2 Gigawattstunden pro Jahr. Das entspricht der Forderung im vorherigen Postulat für die Stadtzürcher Dächer. Jeder muss zusätzlich einen Akku herumtragen, womit das Speicherproblem gelöst wird. Dem staatlichen Energieministerium muss rapportiert werden, wie viel Energie produziert wurde – ist es zu wenig, reklamiert Greta Thunberg.

**Dominik Waser (Grüne):** Es ist sehr bezeichnend, dass die SVP, die sich stets als Partei der Landwirtschaft sieht, einen solchen Vorstoss nicht unterstützt. Ihr habt wohl nicht verstanden, dass damit ein Zusatzeinkommen generiert werden kann. Auch von der Technologie habt ihr wenig verstanden. Es geht nicht darum, Brücken aus Solarpanels zu bauen, sondern darum, dass sie oberhalb installiert werden. Das bedeutet nicht, dass eine vollständige Beschattung entsteht, sondern ergibt nur eine Teilbeschattung. Je nach Installation können sich die Panels bewegen. Ich möchte betonen, dass es für gewisse Kulturen sogar zu einer Produktivitätsverbesserung kommen kann. Mit der Klimakrise wird es vermehrt Kulturen geben, die auf Beschattung angewiesen sind. Beispiele dafür sind Beeren, die bereits jetzt mit Plastikdächern oder Folien beschattet werden.

**Patrick Tscherrig (SP):** Die SVP befürwortet die Photovoltaik. Nur einmal geht es nicht, weil es Träumerei ist, und einmal geht es nicht, weil es mit den Zuckerrüben nicht aufgeht. Der Vorstoss ist sinnvoll. Für den Ausbau muss man kreative Wege finden. Es ist schön, dass auch Johann Widmer (SVP) einen kreativen Beitrag geleistet hat; das Postulat schlägt jedoch einen besseren vor. Es geht um die Prüfung eines solchen Angebots, wofür das ewz sehr gute Voraussetzungen hat. Wir wollen voranschreiten und diese neue, interessante und vielversprechende Technologie ernsthaft prüfen.

**Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP):** Es ist erstaunlich, wie der SVP vorgeworfen wird, dass sie sich nicht für die Bauern einsetzt. Walter Anken (SVP) hat sehr gut begründet, warum es ein Problem sein kann, wenn überall PV-Anlagen eingerichtet werden und darunter nichts wächst. Er kennt sich in dieser Materie aus; seine Kompetenz in Frage zu stellen, ist nicht fair. Das Problem ist, dass man viel Gutes und Vernünftiges machen könnte. Durch extreme Vorschläge und Forderungen, durch die Polemik der einen Seite führt das am Ende zu Widerstand und weniger, als mit einer sachlichen Diskussion.



4 / 4

Das Postulat wird mit 97 gegen 13 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat